

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 21.06.2018, im Kleinen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:30 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	<b>086/2018</b> 6
3.	Auswirkungen von Verpflichtungserklärungen gem. § 68 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz	<b>092/2018</b> 7
4.	Konzept zur Auflösung familiär verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit	<b>078/2018</b> 8
5.	Änderung der Richtlinien für die Kommunale Konferenz Alter und Pflege	<b>084/2018</b> 10
6.	Mitgliedschaft im Fachzentrum Schuldenbera- tung im Lande Bremen e.V.	<b>079/2018</b> 11
7.	Bericht über die Aufgaben der Amtsapothekerin im Kreis Warendorf	<b>080/2018</b> 12
8.	Antrag zur Veröffentlichung von Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen auf der Inter- netseite des Gesundheitsamtes	13

- |     |  |          |    |
|-----|--|----------|----|
| 9.  | Anfrage zu Sanktionen des Jobcenters Kreis Warendorf   |          | 14 |
| 10. | Anfrage zu Förderangeboten im Übergang Schule-Beruf für noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche und junge Menschen bis 25 Jahre |          | 15 |
| .   | <b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>   |          |    |
| 1.  | Vorsorgliche Kündigung des Vertrages mit der Diakonie Gütersloh e.V. über Schuldnerberatung                                      | 077/2018 | 16 |

### **Anlagen**

- |          |   |
|----------|---|
| Anlage 1 | Sachstandsbericht des Jobcenters  |
| Anlage 2 | Auswirkungen von Verpflichtungsermächtigungen gem. § 68 Aufenthaltsgesetz                       |
| Anlage 3 | Konzept zur Auflösung familiär verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit                            |
| Anlage 4 | Aufgaben der Amtsapothekerin im Kreis Warendorf   |
| Anlage 5 | Antwort zur Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE (Sanktionen des Jobcenters Kreis Warendorf) |
| Anlage 6 | Antwort zur Anfrage der SPD Kreistagsfraktion (Förderangebote im Übergang Schule-Beruf)         |

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Geiger, Andrea
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne, Dr.
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Holz, Günter
<b>von der Verwaltung</b>
Eckervogt, Stephanie
Hanewinkel, Martin
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke, Dr.
Schabhüser, Helmut
Seidel, Ansgar, Dr.
Uhkötter, Richard
Wagner, Uta

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Blömker, Franz-Ludwig

Hermans, Pia

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.06.2018 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung um einen Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE sowie Anfragen der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der SPD Kreistagsfraktion erweitert werden solle (TOP 8 – 10).

Frau Hohmann de Palma regt an, den TOP 6 des öffentlichen Teils mit TOP 1 des Nicht öffentlichen Teils zusammen zu legen, da beide die Schuldnerberatung betreffen.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die Mitgliedschaft im Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e.V. und die Kündigung des bisherigen Vertrages mit der Diakonie Gütersloh e.V. völlig unterschiedliche Punkte seien. Zudem müssen Verträge im nicht öffentlichen Teil behandelt werden, so dass eine Zusammenlegung bzw. Änderung der Beratungsreihenfolge nicht möglich ist.

Herr Strübbe lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja 16 Stimmen**

**Nein 0 Stimmen**

**Enthaltung 0 Stimmen**

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

<b>2. Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht</b>	<b>086/2018</b>
---	-----------------

Herr Dr. Seidel erläutert die vorab per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der Daten des Jobcenters (Anlage 1). Er berichtet über

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Prognose der Bedarfsgemeinschaften,
- die Entwicklung des Zugangs an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- die Integrationen von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen,
- ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- Entwicklung der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- Kinder im SGB II-Leistungsbezug,
- die Entwicklung der Langzeitarbeitslosen,
- die Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden,
- die Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden von Flüchtlingen,
- Zugangsgründe im SGB II und
- Integrationen.

Herr Dr. Seidel weist auf die Prognose der Bedarfsgemeinschaften hin. Der Trend der Reduzierung in 2018 würde sich verfestigen. Das zeige die gegenwärtige Prognose (8.300 Bedarfsgemeinschaften gegenüber Plan: 9.000 ), die sich allerdings unterjährig auch wieder verschlechtern könne. Die Differenz betreffe zu gleichen Teilen Flüchtlings- und Nichtflüchtlings-Bedarfsgemeinschaften.

Hinsichtlich der Integrationen von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen teilt er mit, dass überwiegend Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften eine bedarfsdeckende Tätigkeit aufgenommen haben.

Die Zahl der Langzeitleistungsbezieher sei trotz guter Wirtschaftslage zu hoch. Hier arbeite man intensiv und analysiere akribisch. Allerdings sei das Geschäft aufgrund der großen Arbeitsmarktferte vieler Langzeitleistungsbezieher zäh. Dies würde sich auch in der sinkenden Integrationsquote widerspiegeln. Ursächlich für diese Entwicklung sei bekanntlich auch der Ansatz des Jobcenters, bei Flüchtlingen keine schnelle Integration um jeden Preis herbeizuführen, sondern – wo immer erfolgversprechend – dauerhaft und existenzsichernd zu vermitteln.

Auf Nachfrage von Herrn Holz teilt Herr Dr. Seidel mit, dass mit der Ansiedlung von Amazon in Oelde für 2019 ein positiver Effekt für den Stellenmarkt erwartet werde. Eine Prognose zu den erwarteten Vermittlungszahlen könne jedoch nicht erfolgen.

Frau Klausmeier erläutert, dass auf Bundesebene derzeit ein entsprechender Referentenentwurf für eine besondere Förderung von Beschäftigungsverhältnissen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit erarbeitet werde.

An der Aussprache zum Bericht von Herrn Dr. Seidel nahm zudem Frau Hohmann de Palma und Frau Birkhahn teil.

<b>3.</b>	<b>Auswirkungen von Verpflichtungserklärungen gem. § 68 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz</b>
-----------	--

092/2018

Herr Dr. Seidel erläutert die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Auswirkungen von Verpflichtungserklärungen sowie die entsprechenden Daten für den Kreis Warendorf (Anlage 2). Er ergänzt, dass im Falle der Festsetzung von Forderungen Beratungen zu möglichen Stundungen erfolgen werden.

Herr Strübbe hofft, dass eine für alle Beteiligten tragbare Lösung gefunden werde, das beabsichtigte Vorgehen des Kreises sei zu begrüßen.

An der Diskussion zu den Ausführungen von Herrn Dr. Seidel nehmen Frau Birkhahn, Frau Hohmann de Palma und Frau Harrendorf-Vorländer teil.

<b>4.</b>	<b>Konzept zur Auflösung familiär verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit</b>	<b>078/2018</b>
-----------	---	-----------------

Herr Hanewinkel berichtet, dass im Kreis Warendorf bei über 900 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt sei und diese seit mindestens 4 Jahren Leistungen nach dem SGB II beziehen. Es sei daher ein Konzept zur Auflösung dieser teilweise über Generationen bestehenden familiär verfestigten Arbeitslosigkeit erstellt worden, dieses werde ab dem 01.07.2018 umgesetzt.

Herr Hanewinkel erläutert dieses Konzept (Anlage 3), das eine familiengerechte Förderung vorsehe. Bei der Betreuung der Bedarfsgemeinschaften werde u. a. geprüft, wer zur langfristigen Leistungsreduzierung beitragen könne und welche Unterstützung der Kinder möglich sei. Es werde zudem analysiert, welche Gründe bisher eine Arbeitsaufnahme verhindert hätten.

Das Jobcenter möchte die vielfältigen vorhandenen sozialen Angebote im Kreis bedarfsgerecht nutzen und mit Arbeitsmarktdienstleistungen kombinieren. Wichtig sei es, keine Doppelstrukturen zu schaffen. Es sei vorgesehen, schriftliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den gleichberechtigten Partnern abzuschließen. Herr Hanewinkel verdeutlicht dieses anhand einer Netzwerkkarte (Folie 6).

Ein Fallmanager wird aus seinem Fallbestand 10 Familien, vorrangig mit minderjährigen Kindern, sehr intensiv betreuen. Alle Fachkräfte sollen mindestens alle drei Monate die Situation der Kinder im Gespräch mit den Erziehungsberechtigten ansprechen und bei Bedarf konstruktive Angebote (wie z.B. aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) unterbreiten. Es werde dabei kein Druck ausgeübt.

Als Zeitschiene sei vorgesehen, dass zunächst innerhalb von 6 Monaten durch Gespräche mit allen Familien eine kreisweite Bedarfsanalyse erfolgen solle. Anschließend wird in Regionen mit verdichteten Problemlagen (wie dem Ahlemer Südosten oder in Teilen Ennigerloh) und akutem Handlungsbedarf begonnen, die Infrastruktur an Angeboten zu eruieren und in den Austausch mit verschiedenen Trägern zu treten.

Frau Birkhahn betont, dass Familien regelmäßig durch das soziale Umfeld geprägt werden, ein Aufstieg sei nur durch Bildung möglich.

Auf den Hinweis von Frau Harrendorf-Vorländer, dass sich Familien durch Ansprache mehrerer Institutionen im Netzwerk verunsichert fühlen könnten, weist Herr Hanewinkel darauf hin, dass jede Familie nur einen festen Ansprechpartner haben werde. Dieser sei mit den anderen Beteiligten im Hintergrund in Kontakt.

Frau Dr. Lehnert spricht die für das 2. Halbjahr 2018 vorgesehene Einführung der E-Akte an, so dass zunächst eine zusätzliche Belastung auf die Mitarbeiter zukomme.

Herr Dr. Seidel weist darauf hin, dass die Einführung der E-Akte vornehmlich die passiven Leistungen betreffe, aber dieser Umstand bei der Zeitschiene für das Konzept berücksichtigt worden sei.



Herr Hanewinkel teilt abschließend mit, dass eine Fachaufsicht der Teamleitungen für eine nachhaltige Umsetzung des Konzeptes Sorge.

An Diskussion nehmen des Weiteren Frau Birkhahn, Herr Holz und Frau Strecker teil.

<b>5.</b>	<b>Änderung der Richtlinien für die Kommunale Konferenz Alter und Pflege</b>	<b>084/2018</b>
-----------	--	-----------------

Herr Strübbe erläutert kurz die Notwendigkeit der Änderung des § 2 der Richtlinien (sh. Vorlage) und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

In § 2 „Mitglieder“ der Richtlinien für die Kommunale Konferenz Alter und Pflege im Kreis Warendorf wird als Ziff. 10 eingefügt: „ein/e Vertreter/in der Interessenvertretung pflegender Angehöriger“.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja                    16 Stimmen**

**Nein                0 Stimmen**

**Enthaltung      0 Stimmen**

<b>6.</b>	<b>Mitgliedschaft im Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e.V.</b>	<b>079/2018</b>
-----------	--	-----------------

Frau Wagner erläutert, dass die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung häufig fachspezifische und juristische Fragen aufwerfe, die z. B. bei Fristen zu Räumungsfragen oder Kontosperrern oft kurzfristiger Klärung bedürften. Hierzu müsse die aktuelle Rechtsprechung einbezogen werden. Durch Eintritt des Juristen in den Ruhestand verfüge die Schuldnerberatung des Kreises nicht mehr über diese wichtige Kompetenz.

Das Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e.V. beschäftige ein Team aus Juristen, das ausschließlich mit Schuldner- und Insolvenzberatung befasst sei. Im Vergleich zu anderen Anbietern werde das beste Preis-Leistungsverhältnis geboten, eine Begrenzung der Anfragen bzw. Beratungsstunden bestehe nicht. Als Beratungszeit würden ca. 2 Stunden im Monat erwartet. Zudem würden Fortbildungen günstiger angeboten.

An der Diskussion zu den Erläuterungen von Frau Wagner beteiligen sich Herr Strübbe und Frau Birkhahn.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Mitgliedschaft im Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e.V. (FSB) zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Ja</b>	<b>16 Stimmen</b>
<b>Nein</b>	<b>0 Stimmen</b>
<b>Enthaltung</b>	<b>0 Stimmen</b>

<b>7.</b>	<b>Bericht über die Aufgaben der Amtsapothekerin im Kreis Warendorf</b>
-----------	---

<b>080/2018</b>
-----------------

Frau Eckervogt berichtet über ihre Aufgaben als Amtsapothekerin (Anlage 4). Einleitend weist sie darauf hin, dass nur ausgebildete Apothekerinnen und Apotheker berechtigt seien, eine Apotheke zu eröffnen. Sie weist darauf hin, dass der Verkauf von Arzneimitteln nur von Personal mit Beratungskompetenz erfolgen dürfe.

Die zuständige Kammer würde Beratungskompetenzen über Testkäufe kontrollieren; diese könnten die Apotheken auch selbst anfragen, um die eigene Beratungsqualität einschätzen zu können.

Auch bei Verkäufen im Einzelhandel sei die Beratungskompetenz vorzuhalten.

An der Aussprache zum Bericht von Frau Eckervogt nehmen Frau Hohmann de Palma, Herr Strübbe und Frau Schmelter teil.

<b>8.</b>	<b>Antrag zur Veröffentlichung von Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen auf der Internetseite des Gesundheitsamtes</b>	
-----------	--	--

Frau Riveiro Vega ergänzt den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE dahingehend, dass Informationen zur Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen auch in türkischer, russischer und persischer Sprache auf der Internetseite des Kreises veröffentlicht werden sollen. Sie erklärt, dass es lediglich Informationen gehe, nicht um eine Bewertung von Abtreibungen.

Zudem solle eine Weiterleitung/Verlinkung auf die Seite des Bundesministeriums ermöglicht werden.

Auf Nachfrage von Frau Birkhahn teilt Frau Klausmeier mit, dass seitens des Kreises drei Träger von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen mit einer Summe von insgesamt jährlich 85.000 € gefördert werden. Diese seien mit mehreren Anlaufstellen in verschiedenen Orten des Kreises tätig.

Die Beratung von Schwangeren sei nicht Angelegenheit des Gesundheitsamtes.

Frau Harrendorf-Vorländer gibt zu bedenken, dass ein persönliches Gespräch in der Beratungsstelle der Information auf der Internetseite des Kreises vorzuziehen sei.

An der Diskussion zum Antrag beteiligen sich Herr Steinkolk, Frau Schmelter und Herr Strübbe.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**Ja 1 Stimme**

**Nein 14 Stimmen**

**Enthaltung 1 Stimme**

<b>9. Anfrage zu Sanktionen des Jobcenters Kreis Warendorf</b>	
--	--

Herr Dr. Seidel beantwortet die Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Die Antwort ist als Anlage 5 beigefügt.

10.	<b>Anfrage zu Förderangeboten im Übergang Schule-Beruf für noch nicht ausbildungssreife Jugendliche und junge Menschen bis 25 Jahre</b>	
-----	---	--

Herr Hanewinkel beantwortet die Anfrage der SPD Kreistagsfraktion. Die Antwort ist als Anlage 6 beigefügt.

Frau Dr. Rehfeldt, seit dem 01.10.2011 Leiterin des Gesundheitsamtes, geht zum 01.08.2018 in den Ruhestand. Herr Strübbe dankt ihr für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Frau Dr. Rehfeldt bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die anregende und lehrreiche Zeit sowie die gute Atmosphäre im Ausschuss.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.30 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier  
Schriftführer